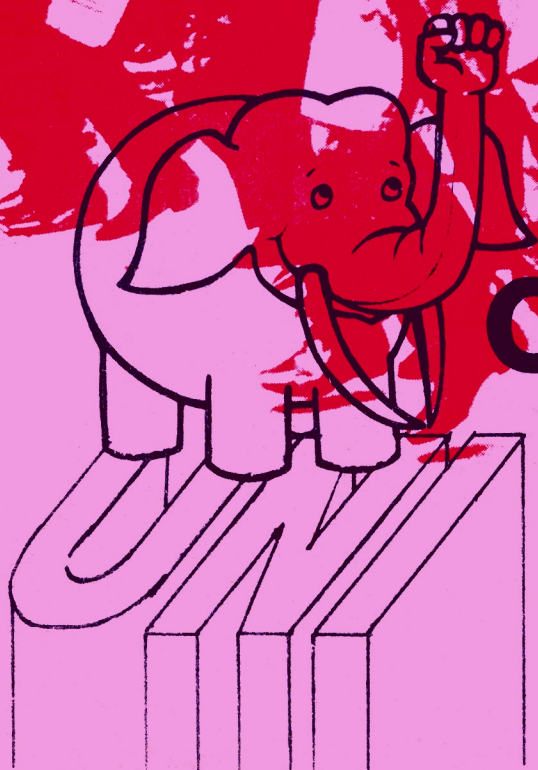


**Wir kandidieren**

bei so einer Wahl?  
bei dieser ÖH ?  
als x-te linke Gruppe ?  
das bedarf einer

*Erklärung !*



**offensiv  
links**

# Vorbemerkung



Linke Politik, soweit sie in den letzten Jahren an Österreichs Hochschulen in Erscheinung trat, wurde von zwei Strömungen repräsentiert: Von den reformistischen (KSV, VSStÖ), deren Politik hauptsächlich auf Systemkorrekturen ausgerichtet ist, und denjenigen Gruppierungen, die sich an traditionellen Parteikonzepten (Lenin) orientieren.

Sowohl der starre, hierarchische Aufbau als auch das Politikverständnis der Studenten"parteien" ließen wenig Raum für Diskussionprozesse und Emanzipationsbedürfnisse.

Aus der grundsätzlichen Ablehnung der reformistischen Gruppierungen und der Kritik an den Kadergruppen gingen Bewegungen hervor, die sich undogmatisch nennen, weil sie eher die Einschätzung der gegebenen Situation als die starre Überlieferung irgendwelcher Lehrmeinungen (Dogmen) zur Grundlage ihres Handelns haben.

Vertreter dieser – in sich naturgemäß wenig homogenen – Bewegung sind in der BRD etwa das Sozialistische Büro, in Österreich unter anderem die FÖJ-Bewegung für Sozialismus, die PUL (Plattform Undogmatischer Linker) und das ZBS (Zentrum Basisdemokratischer Sozialisten).

Diese Strömungen sind bisher an Österreichs Hochschulen kaum in Erscheinung getreten und nahmen die bevorstehende Hochschulwahl zum Anlaß, einen Diskussionsprozeß über Hochschulstrategie in Gang zu setzen.

Ausdruck und vorläufiges Resultat dieser Kontakte ist der Beschluß von ZBS und FÖJ-Bewegung für Sozialismus unter dem Namen "offensiv links" bei diesen Wahlen gemeinsam zu kandidieren, um damit – wenigstens ansatzweise – innerhalb der Linken zu einer Praxis zu finden, die Konfrontation durch Kooperation, kategorische Kritik durch solidarische Diskussion ersetzt.

Die vorliegende gemeinsame Wahlplattform der genannten Gruppierungen stellt einen Versuch dar, Ansätze zu einer linken undogmatischen Hochschulpolitik zur Diskussion zu stellen.

Wir gehen dabei nicht von der sonst in der linken Hochschulszene weit verbreiteten Gepflogenheit aus, uns als den einzigen Vertreter der "richtigen" Politik zu bezeichnen und alle anderen Gruppen als "Spalter der Bewegung", "Sektierer" oder dergleichen von vornherein zu disqualifizieren oder womöglich als "Volksfeinde" zu entlarven.

Eine solche Vorgangsweise verhindert nur jede solidarische Strategiediskussion und echte gemeinsame Aktionen. Die derzeitige Schwäche der Linken, die keine ausreichende Überprüfung der verschiedenen Ansätze in der Praxis erlaubt, verbietet uns, unsere Vorstellungen als x-te absolute Wahrheit zu verstehen. Sie soll vielmehr Anlaß zur Diskussion einer gemeinsamen Strategie zumindest eines Teils der Linken sein.

## Stellung zur ÖH

Die ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts ist letztlich den Entscheidungen des Ministeriums unterworfen, sie kann allein von ihrer gesetzlichen Lage aus nie eine (gegenüber dem Staat) autonome Interessensvertretung der Mehrheit der Studenten sein.

Auch zeigt sich von Wahl zu Wahl und durch die geringe Resonanz auf ihre Initiativen, daß die ÖH im Bewußtsein der Studenten eine geringe Rolle spielt. Dies ist zurückzuführen auf die völlige Abgehobenheit politischer Entscheidungsprozesse von der studentischen Öffentlichkeit – fast sämtliche politische Aktivitäten des ZA (Zentralausschuß) oder des HA (Hauptausschuß) beschränken sich auf Intrigenspiel, Postenschacher oder Ansätze ständischer Interessensvertretung. Selbst dort, wo die ÖH vorgibt, tatsächlich den Studenten entgegenzukommen, nämlich bei ihren lerntechnischen, sozialen und kulturellen Serviceleistungen, versagt sie völlig. Da auch eine linke Mehrheit in diesem vorgegebenen Rahmen der ÖH keine grundsätzlich Änderung hervorrufen und selbst nur über die Köpfe der Studenten hinweg stellvertretende Politik machen könnte, halten wir eine sozialistische Hochschulpolitik für richtiger, die ausgeht von der Basis, vom Institut, von der Fakultät oder Studienrichtung, die den unmittelbaren Erfahrungsbereich der Studenten bilden.

Eine Studentenvertretung als Alternative zur ÖH wäre für uns nur dann von Bedeutung, wenn

1. in regelmäßig stattfindenden Hörerversammlungen auf allen Ebenen der Uni die Studentenvertreter gewählt und abgewählt werden könnten und
2. die Politik (Finanzen u. a. m.) dort öffentlich kontrolliert und entschieden werden könnte.

Obwohl eine solche Änderung durch die bevorstehende ÖH-Wahl natürlich nicht zu erreichen ist, kandidieren wir. Dies sind unsere Gründe dafür:

- unsere Kandidatur sieht ihren Schwerpunkt in den Studienrichtungsververtretungen bzw. Institutsvertretungen, denn diese Gremien sind auch für linke Politik von Bedeutung.
- Der Wahlkampf bietet die Möglichkeit, innerhalb der undogmatischen Linken einen Prozeß der Vereinheitlichung zu erreichen, Ansätze einer gemeinsamen Strategie zu finden.
- Eine größere Stimmenanzahl für die undogmatische Linke würde eine Ablehnung der Politik und Struktur der ÖH bedeuten und gleichzeitig eine Bestätigung für unsere politische Orientierung. Wir werden nicht versuchen, durch alle möglichen taktischen Winkelzüge in der Gremienpolitik eine Änderung studentischer Politik herbeizuführen – der Hauptinhalt unserer Tätigkeit wird sein, die Abgehobenheit, den Karrieresumpf und den ständischen Charakter der ÖH vor der studentischen Öffentlichkeit darzulegen. Eine wirkliche Änderung in der Hochschulpolitik erfolgt nicht durch Intrigenspiele, sie kann nur durch aktive Auseinandersetzung der Studenten mit ihrer Situation herbeigeführt werden.





## Zur Ausbildungssituation

Aus den Widersprüchen zwischen Studierenerwartungen, tatsächlicher Studiensituation und späterer Berufslaufbahn ergeben sich für den einzelnen zahlreiche Enttäuschungen, die wir in einem politischen Zusammenhang stellen wollen. Während der Weg an die Universität von der Hoffnung auf die Einlösung persönlicher Interessen im entsprechenden Wissensbereich getragen wird, oder das Studium als Eintrittskarte für eine privilegierte Position in der Gesellschaft betrachtet wird, während viele andere Studenten noch glauben, die Universität sei ein von gesellschaftlichen Zwängen losgelöster Elfenbeinturm, konfrontiert die Realität die Studenten schon bald mit der Unhaltbarkeit dieser Vorstellungen.

Freiräume, so vorhanden, werden immer mehr eingeschränkt. War eine fundierte inhaltliche Ausbildung im bürgerlichen Sinn schon immer eine Mär, so werden die Ziele des Studiums nun im verstärkten Ausmaß den Interessen der Wirtschaft untergeordnet. Die HS-Reform bewirkt eine Übertragung der in den Mittelschulen üblichen Lehr- und Lernmethoden (ständige Leistungskontrollen, Reduktion der Lehrinhalte auf abfragbares Wissen) auf die Hochschulen.

Für die meisten Studienrichtungen stellt sich die Berufsperspektive alles andere als rosig dar. In der Arbeitslosenstatistik steigt die Zahl der Akademiker. Weiters wird es für die Mehrzahl der graduierten Absolventen der Hochschulen immer schwieriger, in die von ihnen erstrebten Spitzenfunktionen auch tatsächlich aufzusteigen. In ihren Berufen werden sie so weit als möglich Kontrollen ausgesetzt und ihre Arbeitsgebiete werden immer mehr zersstückelt.

Die entfremdete Arbeit wird schon in der Ausbildung gefördert, unter anderem durch die Prüfung. Prüfungen waren früher im allgemeinen gesicherte Wege zu hohen gesellschaftlichen Positionen und wurden daher eher als heute in Kauf genommen, wo sie diesen Charakter zum größten Teil verloren haben. Obwohl der Studienabschluß nicht mehr mit solchen Privilegien verbunden ist wie früher, verschärft sich, vor allem verursacht durch die starke Konkurrenz unter den Studenten der negativ empfundene Leistungsdruck weiter.

Ergebnisse dieser Entwicklung:

- Angstsituation, Konzentrationsschwierigkeiten, Neurosen, die als individuelle Leidenserfahrung bekämpft werden (Lerntechnikkurse, Psychiater) und nicht kollektiv.
  
- Verschiedenste Formen individueller Arbeitsverweigerung. (keine Vorlesungen besuchen, schummeln, bluffen, nach leichten Scheinen jagen etc.)
  
- Extreme Vereinzelung.

Die zentrale Stellung der Prüfung im studentischen Lebensvollzug wurde von der Linken weitgehend ignoriert – vielmehr spiegelt sich in der eigenen Struktur linker Organisationen auf Universitätsboden ein ähnliches Problemlösungsverhalten wieder (Konkurrenz, Leistungs-,Prüfungszwang), was solidarische Arbeit erschwert.

# Wissenschaftskritik

Obwohl die Erfahrung mit Wissenschaft einen wesentlichen Bestandteil des Studiums darstellt, besteht eine gewisse Gleichgültigkeit der Studenten den Wissenschaftsinhalten gegenüber. Diese Gleichgültigkeit ist nicht nur auf die Veränderungen im Ausbildungswesen (Rationalisierung, Erhöhung des Leistungsdrucks) zurückzuführen, sondern auch als Reaktion auf die Widersprüchlichkeit und Konfusion der bürgerlichen Wissenschaft zu begreifen. Denn

- die in der kapitalistischen Gesellschaft notwendige Aufspaltung der Wissenschaft in streng abgeordnete Einzeldisziplinen bedingt die Isolation der mit Wissenschaft Beschäftigten und verunmöglicht die Erkenntnis relevanter Zusammenhänge.
- die herrschenden Wissenschaften sind in Theorie und und Praxis getrennt: Während sich die theoretische Auseinandersetzung scheinbar zweckfrei in immer größerer Formalisierung vollzieht, werden die Anwendungswissenschaften partikulär unter dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit ihrer Resultate für die Verwertungsinteressen des Kapitals betrieben. So wird einerseits Wissenschaft von den Studenten als nutzlose Spielerei angesehen, andererseits nur in Hinblick auf die Erhöhung ihres späteren Tauscherts studiert.
- durch die Abgehobenheit der bürgerlichen Wissenschaft von der Gesellschaft erscheinen ihre Methoden und Begriffssysteme als beliebig und willkürlich untereinander austauschbar. Wissenschaftliche Theorien werden nicht als aus historischen Notwendigkeiten entstandene begriffen, sondern als Resultate überzeitlicher Wahrheitssuche dargestellt.

Eine wichtige Aufgabe sozialistischer Politik auf der Universität ist die Kritik der Wissenschaftsinhalte und -methoden, wobei an den offensichtlichen Widersprüchen der bürgerlichen Wissenschaften, aus denen sich intellektuelle Probleme für die Studenten ergeben, anzusetzen ist.

Wissenschaftskritik ist daher nicht nur in der eingeengten Bedeutung gemeint, die bisher an der Universität vorherrschend war: als äußerliche Entgegensetzung eines Standpunktes gegen die bürgerliche Wissenschaft aus den Resultaten ihrer Anwendung heraus ("Die bürgerliche Wissenschaft ist schlecht, weil die bürgerliche Gesellschaft schlecht ist").

Eine Differenzierung ergibt sich allerdings aus den Inhalten der Wissenschaft: Während die Naturwissenschaften, von der kapitalistischen Entwicklung auf beachtliche Höhen getrieben, hauptsächlich von der Seite ihrer Anwendung her kritisierbar sind, bedeutet der Verfall der Sozialwissenschaften, die steigende Unfähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu begreifen. Um diesen Zweig der Wissenschaft wirksam und nicht nur abstrakt bekämpfen zu können, ist eine intensive Kritik ihrer Methoden und theoretischen Voraussetzungen notwendig.

## Organisierung im Beruf

Da die Tätigkeit an der Hochschule für die meisten Studenten eine kurze Übergangszeit darstellt, ohne feste soziale Bindungen und mit absehbarem Ende, ist die Radikalisierung mit weit weniger Risiko und Anstrengung bzw. persönlichem Einsatz verbunden als im Beruf.

Sie ist daher leicht wieder rückgängig zu machen, wenn der "Realitätsschock" die Absolventen der Hochschule trifft.

Um dieser Gefahr zu begegnen, sollte ein Hauptinhalt unserer Selbstorganisation auf das zukünftige Berufsfeld ausgerichtet sein. Wir halten es für falsch, daß sozialistische Studenten und Intellektuelle ihr berufliches Arbeitsfeld ignorieren. Wer seinen beruflichen Zusammenhang als bloßen Broterwerb betrachtet, um in seiner Freizeit an Aktivitäten mit revolutionärem Anspruch teilzunehmen, wer seinen Arbeitsplatz höchstens als unvermitteltes Agitationsfeld für die Propaganda seiner "Partei" betrachtet, vergißt, daß auch die Arbeitsfelder der Intelligenz die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft beinhalten.

Die Differenzierung und Aufspaltung der Arbeiterklasse in verschiedene Schichten und die getrennte Existenz verschiedener Gruppen lohnabhängiger Intelligenz erweist sich als Ergebnis der kapitalistischen Arbeitsteilung und der an den Notwendigkeiten der Kapitalverwertung orientierten technologischen Entwicklung.

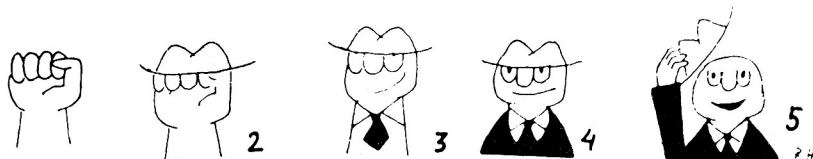
Daher ist die Herstellung einer einheitlichen Kampffront mit Schwierigkeiten verbunden.

Um den ständigen Spaltungsmanövern des Kapitals zu begegnen, bedarf es der bewußten politischen Agitation.

Solange die Arbeiterbewegung schwach ist, wird die Gefahr ständische Sonderinteressen zu vertreten bzw. sich durch besonders progressive Erregenschaften zu isolieren, nicht zu vermeiden sein.

Wir können daher nur einige Richtlinien aufstellen, wie heute schon Ansätze zu einer sozialistischen Berufsfeldarbeit aussehen sollten:

- o Die Organisierung sollte primär in die Richtung gehen, die lohnabhängigen Akademiker an ihrem Arbeitsplatz gewerkschaftlich zu erfassen. In Zusammenarbeit mit anderen Lohnabhängigen könnten ständische Interessen abgebaut werden.
- o Die Organisierung sollte sich vor allem nach dem Inhalt der Tätigkeit richten.
- o Die Organisierung sollte weit mehr als nur das direkte Produktionsfeld erfassen. Sie soll im Eingehen auf die Reproduktionsbedingungen der einzelnen tendenziell die schizophrene Trennung kapitalistischer Lebens-"sphären" aufheben und diese Aufhebung als eine politische begreifen.



Rückläufige Kaderentwicklung



# Ausländer und andere benachteiligte Schichten

Besonders betroffen von der bürgerlichen Unterdrückung sind - wie in allen gesellschaftlichen Bereichen - auch an der Universität die ausländischen Kollegen.

Sie dienen dem Ministerium und der Universitätsbürokratie zu zweierlei:

1. als Versuchskaninchen für ihre repressiven Reformmaßnahmen (vgl. Numerus Clausus)
2. als Möglichkeit, von den wirklichen Schwierigkeiten der bürgerlichen Bildungsplanung abzulenken (vgl. den chauvinistischen Appell der für die HS-Planung Verantwortlichen, die ausländischen Kollegen würden den Inländern Studien- und Wohnplätze wegnehmen.)

Sie sind dafür besonders geeignet, weil sie sich nicht politisch organisieren dürfen und leicht von den übrigen Kollegen isolierbar sind.

Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben der linken Organisationen, im Kampf gegen die Diskriminierung der ausländischen Kollegen ihren Beitrag zur internationalen Solidarität zu leisten, und zwar ohne jede Kompromißbereitschaft, und ohne organisationsegoistische Motive, wie wir sie bei den linken Gruppen (KSV, MLS, GRM) finden.

Es sollte z. B. der zu Beginn dieses Semesters über viele ausländische Studenten auf Beschluß der Rektorenkonferenz verhängte Numerus Clausus nicht toleriert werden.

Er macht die Aufnahme eines Ausländers auf österreichischen Hochschulen davon abhängig, ob dieser Student auch in seinem Herkunftsland einen Studienplatz bekommen hätte. Alle ausländischen Studenten, die in ihrem Heimatland aus politischen Gründen oder wegen Platzmangels nicht aufgenommen wurden, können auf Grund dieser Bestimmung auch in Österreich nicht studieren.

Außer den in Österreich studierenden (oder daran gehinderten) Ausländern gibt es noch andere benachteiligte Schichten innerhalb der Studenten. Zahlreiche Kollegen müssen sich z. B. ihr Studium durch gleichzeitige Arbeit selbst finanzieren. Auch die Stipendienempfänger werden (durch Notendurchschnitt und Altersbegrenzung) einer verstärkten Diskriminierung ausgesetzt.

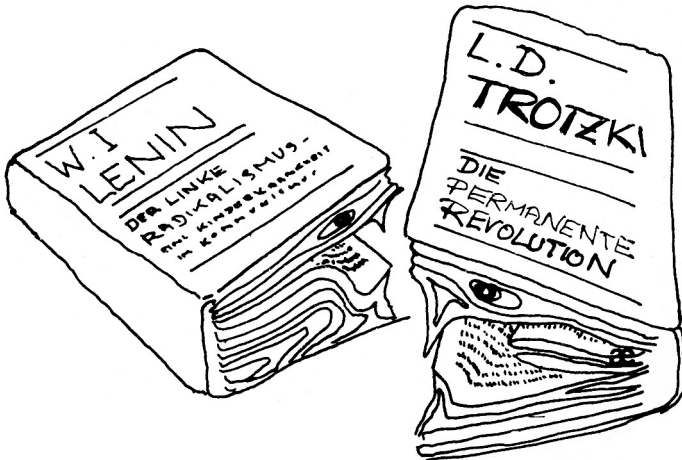
Die besonders hohe Studienabbruchrate unter diesem Teil der Studenten zeigt, daß hier eine versteckte Form des N.C. vorliegt, den es ebenso zu beseitigen gilt, wie den über ausländische Studenten verhängten.

# Zu den linken Gruppen

## Die Parteichen

Um die studentischen Parteaufbauorganisationen zu kritisieren, müssen wir noch lange nicht die Aktualität des Leninschen Parteimodells kritisieren. In der heutigen Situation des winzigen Umfanges und der totalen Isolierung der Linken verunmöglichen MLS & Co. mit ihrer Lenin-Pantomime notwendige Diskussionsprozesse und Bündnisse zwischen den Linken. Alleinvertretungsanspruch, kindliche Entlarvungen, autoritäre Organisationstypen und selbsternannte Führer des Volks bedürfen keiner langen Lenin-Zitate, um als nicht zielführend erkannt zu werden.

Die Hochschulpolitik dieser Gruppen beschränkt sich - soweit vorhanden - auf die Rekrutierung von Kadern für ihre eigene Organisation. In ihrem Auftreten zeigt sich ein für sie nicht auflösbarer Widerspruch: Einerseits müssen sie - zwecks Kaderrekrutierung - an bestimmten studentischen Bedürfnissen anknüpfen, andererseits stehen sie auf dem "Standpunkt des Proletariats". Das Resultat sind pausenlose Schwenks in der Politik oder "linke" Phrasen, mit denen man versucht, ständische Forderungen "proletarisch" zu verkleiden.



## Die Vertreter der

### »gewerkschaftlichen Orientierung«

Die Hauptaussage dieser Gruppen besteht darin, sich als konsequenteste Vertreter studentischer Interessen gegenüber den rechten Studentengruppen zu profilieren. Ihre Politik bekommt dadurch einen ständischen Charakter, weil sie ein gegen das Kapital gerichtetes Gesamtinteresse annimmt. Sie beschränken ihre Politik auf ständige Austüfteln alternativer Konzepte zu allen Fragen der Hochschulorganisation. Dahinter steckt die Illusion, daß die bürgerliche Universität grundsätzlich veränderbar wäre, ohne wesentliche Einbrüche in das Gesellschaftssystem zu erreichen.

Wesentlich ist auch, daß ein großer Teil der politischen Aktivität dieser Gruppierungen darin besteht, politische Forderungen der fortschrittlichen Studenten an deren Stelle durchsetzen zu wollen. Nach der Auffassung der "gewerkschaftlichen" Gruppierungen haben die Studenten ihren ausreichenden Beitrag zur fortschrittlichen Hochschulpolitik geleistet, wenn sie durch Ankreuzen des Stimmzettels ihre Zustimmung zur handwerklerischen Praxis dieser Orientierung gaben. Den Rest sollten sie getrost ihren "Vertretern" überlassen. Dafür wird jede eigenständige Organisation sowie jede andere Gruppe als "chaotisch, schädlich" und dergleichen mehr bekämpft, was jede solidarische Auseinandersetzung mit VSStÖ und K. ziemlich erschwert.

# Anmerkungen zur Strategie

Jeder von uns ist - ausgeliefert den Widersprüchen des Kapitalismus - mit persönlichen Problemen konfrontiert, deren Verschleierung ihn entweder zu politischer Arbeit unfähig macht oder seine politische Praxis verzerrt. Autoritätsstrukturen, Überidentifikation und selbstherrliches Auftreten sind nur einige der möglichen Folgen.

Beruht Politik auf individueller Problemverdrängung, so wird sie dogmatisch und von den Betroffenen abgehoben. Umgekehrt können persönliche Probleme nur in einem politischen Zusammenhang begreifbar und zumindest teilweise in Frage gestellt werden. Das besagt, daß die Träger sozialistischer HS-Politik keine bevormundenden Studentenorganisation sein können.

## Deshalb fordern wir die Selbstorganisation der Studenten.

Wir verstehen darunter, daß die handlungsmotivierenden Interessen nicht die von Personen mit globalen politischen Erkenntnissen sind, sondern die den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzten Bedürfnisse.

Da es den selbsternannten Kadern nur darum geht, Massen für ihre "wahre Linie" zu finden, schneiden sie innerhalb solcher Studentenorganisationen (IG's) jeden Lernprozeß ab.

Institutgruppen stellen in der heutigen Situation bestenfalls Aktionseinheiten linker Gruppen dar, meistens sind sie jedoch völlig zum Ort der Kaderrekrutierung und Bevormundung degeneriert.

Wir halten es für richtig, sich an den Instituten in spezifischen Fragen mit anderen linken Gruppen zu einigen.

Die gemeinsame politische Praxis kann auch viel mehr strittige Fragen klären als stundenlange Diskussionen.

Dort, wo die Struktur der Institutgruppen ein Vorgehen in den wichtigsten Fragen - wie Vorlesungskritik, Auseinandersetzung mit den Lehrformen, Prüfungsformen und der Isolation des Studenten - nicht zuläßt (was in der Praxis häufig der Fall ist), glauben wir, daß es notwendig ist, neben den Institutgruppen Organisationsformen zu schaffen, die dieses Vorgehen ermöglichen.

# Fordern - aber wie?

Linke müssen ihrer Schwäche Rechnung tragen in der Erstellung von Prioritäten.

Solange nur eine verschwindende Minderheit mobilisierbar ist, ist die ständige Wiederholung globalster Forderungen und Aktionsformen zwar "richtig" aber völlig wirkungslos.

Deshalb ist es notwendig, Ziele zu setzen, die einerseits verbesserte Ausgangsbedingungen schaffen und andererseits einen Vermittlungsschritt zu den globalen Forderungen darstellen:

z. B. für kollektive Lernformen, für Arbeitskreise und kollektive Seminar- und Diplomarbeiten etc

Obige Überlegungen gelten nicht zuletzt auch für unser Verhalten gegenüber der Hochschulreform.

Der bisherige Kampf der Linken gegen diese Reform und ihre Begleitscheinungen (Reglementierung des Studienganges, verschärfter Leistungsdruck usw.) erreichte u.a. deswegen keine Breitenwirkung, weil es den diversen Gruppen in erster Linie um das Herausstreichen ihres Führungsanspruches ging. Weiters entspricht die bisher betriebene Taktik, zentrale Kämpfe zu führen, nicht dem derzeitigen Stand der HS-Reform: Die einzelnen Institute sind von ihr sowohl im Zeitpunkt als auch inhaltlich unterschiedlich betroffen.

Als ersten Schritt sollten wir daher an den spezifischen Bedingungen der einzelnen Institute ansetzen.

Ein koordiniertes Vorgehen entsteht an den Instituten in dem Maß, als bestimmte Maßnahmen größere Teile der Studenten betreffen (z.B. Pädagogikum).

Es genügt schließlich nicht, die HS-Reform nur vom negativen Standpunkt aus zu kritisieren, d.h. indirekt den gegenwärtigen Zustand der Unis zu verteidigen.

Die bloße Verteidigung des status quo ist sicherlich kein Anlaß für die Studenten, sich zu wehren.

Es geht darum, Alternativen zu erarbeiten, die den emanzipatorischen Interessen entsprechen, die die Voraussetzungen für ein weiteres Vorgehen verbessern und langfristig mit den Klasseninteressen des Proletariats korrelieren.



- FÜR EINE KONTROLLE DES LEHRANGEBOTS UND DER BERUFUNGEN DURCH DIE STUDENTEN. Es sollen Gastprofessuren und Tutorials an von Studentenversammlungen akzeptierte Kandidaten vergeben werden.
- GEGEN FRONTALUNTERRICHT, FÜR VON STUDENTEN GESTALTETE SEMINARE.
- GEGEN JEDEN VERSUCH DER WEITEREN HIERARCHISIERUNG DER AUSBILDUNG (Doktorats-, Diplomstudien).
- FÜR FREIE WAHL DES STUDIENGANGES, STUDIENPLAN NUR ALS EMPFEHLUNG BEI INHALTLICHER ERWEITERUNG DES LEHRANGEBOTS.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger:  
föj-Bewegung für Sozialismus. Für den Inhalt verantwortlich:  
Christine Goldberg, alle 1040 Wien, Belvederegassa 10

KONTAKTADRESSEN:

WIEN

Montag bis Freitag 10 - 16 Uhr, 1090 Wien, Porzellangasse 33a.

Tel.: 4-67-145

Montag, Freitag, Samstag, Sonntag ab 19 Uhr

CLUB LINKS, 1020 Wien, Odeongasse 1/Gr. Mohrengasse

INNSBRUCK

Volker Schönwiese, 6064 RUM, Ulmenstr. 27

Tel.: 05052 - 610853

# offensiv links



Es handelt sich hier um Berichte, die vom Leser handeln - denn er ist der Handelnde - oder er wird gehandelt wie ein Stück "objektive" Nachricht - im Betrieb und in der Ausbildung, in den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung schafft er seinen eigenen Bericht - und davon handelt diese Zeitung.

Erscheint 10-12mal im Jahr, Abo öS 50,  
DM 10.

Bestellungen an den Vertrieb in:  
A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

 In Zeiten der Sozialpartnerschaft:  
...das Kleingedruckte lesen!